



Zentrum  
Liberales  
Moderne

# WIE DIE CDU DIE BUNDESTAGSWAHL 2025 VERLIERT – SCHON JETZT!

**Markus Schubert**

23.03.2023

# WIE DIE CDU DIE BUNDESTAGSWAHL 2025 VERLIERT – SCHON JETZT!

*Markus Schubert*

Die Union führt in Umfragen, die Ampel-Regierung ist unbeliebt, die FDP-Wähler sind frustriert, aber dennoch hat die CDU alle Chancen, ihre Niederlage bei der kommenden Bundestagswahl 2025 schon in diesem Jahr zu besiegeln, weil ihr Vorsitzender einen schwerwiegenden Fehler seines Vorgängers wiederholt. Ein Q&A von Markus Schubert.

## **Ist denn die CDU nicht hochzufrieden mit ihrem Vorsitzenden?**

Doch, doch! Im dritten Anlauf passte Friedrich Merz an die CDU-Spitze, denn diesmal galt es ja erstmals nicht, die Merkel-Nachfolge zu regeln, die hatte ja inzwischen in ostentativer Kontinuität Olaf Scholz angetreten. Diesmal wurde erstmals ein Oppositionsführer gesucht, und dafür hatte sich niemand so profiliert und präpariert wie der letzte Oppositionsführer der Union seit Rainer Barzel, der später weder Bundeskanzler noch Bundespräsident wurde.

Der scharfzüngige und selbstbewusste Merz verkörperte geradezu einen ‚Restart‘ der Partei in der Post-Merkel-Ära, und bis heute scheinen die Voraussetzungen dafür gut, weil die ohne die Union zustande gekommene Ampelkoalition fragil und widersprüchlich ist und vom ersten Tag an auf die Profilierung der Parteien jenseits der Koalitionsraison Wert legt, zumindest gilt dies für die Grünen und vor allem für die FDP.

## **Findet Merz einen Oppositionsstil, der zugleich die Rückkehr an die Regierung ins Auge fasst?**

Nicht wirklich, auch wenn die Umfragedaten für die Union das suggerieren. Die CDU liegt zwar solide auf Platz 1, aber schon Merz' persönliche Werte zeigen, dass sich hier lediglich die Ablehnung der regierenden Koalition niederschlägt. Die Berlin-Wahl hat zwar gerade gezeigt, dass man als bürgerliche Protestpartei gegen eine unbeliebte Koalition in eine aussichtsreiche Gestaltungsposition gelangen kann, doch dürfte sich das Wahlverhalten bei einer De-facto-Kommunalwahl nicht auf gewichtigere Erwägungen vor der Wahlentscheidung bei einer Bundestagswahl übertragen lassen.

Merz ist auch hier ganz sein eigener Wiedergänger, attackiert die Ampel oder die Bundesregierung meist als Ganzes und wirkt dadurch im Zweifel eher als Einiger. Die Anhänger von Grünen und FDP wissen, dass es sich nicht um ein Wunschbündnis ihrer Parteien miteinander und mit der SPD handelte,

ihr eigener Frust über den Kurs der Bundesregierung wird sich nicht in eine Zustimmung für die Union verwandeln, solange diese keine Machtalternative formuliert.

1998 bis 2002 konnte Merz Rot-Grün als Bündnis angreifen, weil es eine echte Wunschkoalition war, und weil die Union mit dem „Klassiker“ Schwarz-Gelb eine aussichtsreiche und abrufbare Alternative in der Opposition vorweisen konnte (was erst 2009, nach Merkels Umweg über die Große Koalition, realisiert wurde). Zu polarisieren und den Frust über die Regierung zur Mobilisierung von Stimmen zu nutzen, kann aber diesmal nicht verfangen, denn die Opposition teilt sich die CDU mit AfD und der Linken, woraus keine Alternative erwächst.

Vielmehr müsste Merz also konsequenter die SPD und ihre Rolle in der Koalition attackieren, um sich als der bessere Führer eines stimmigen Zweier-Bündnisses nach der Wahl, bzw. eines Dreier-Bündnisses bei sofortigem Regierungswechsel zu empfehlen. Grüne und FDP können weder in der laufenden Legislaturperiode noch im anschließenden Wahlkampf zu Hauptgegnern der Union stilisiert werden. Jeder Wähler weiß, dass die CDU nach der kommenden Wahl auf mindestens eine, wahrscheinlicher auf beide dieser Parteien angewiesen sein wird, um den Kanzler stellen können.

### Was wäre denn ein Ansatzpunkt gewesen, um die aktuelle Koalition auseinander zu dividieren und zu zerbrechen?

Die letzten zwei bis drei Wochen des für Grüne und FDP (und der Ukraine) qualvollen Wartens auf eine Bewegung des Kanzlers und seiner Partei hin zur Lieferung von Leopard-Kampfpanzern (abgesehen von den Monaten des Zögerns davor) waren im Januar ein mustergültiger Fall für ein mit einem entsprechenden Entschließungsantrag verknüpftes konstruktives Misstrauensvotum des Oppositionsführers. Dass Merz darauf – und die

subsequente Bildung einer Jamaika-Koalition – verzichtete, legt zweierlei nahe: Die CSU hat ihm davon abgeraten – weil sie ihre eigene Vorstellung vom nächsten Unionskanzler und seinem Weg an die Macht hat. Und die Grünen und die FDP haben Merz ähnliches signalisiert, auch wenn sie sicher andere personelle Alternativen im Auge haben. Dennoch gab es zuvor eine subkutane Panzerkoalition zwischen Union, Grünen und FDP. Das ist und bleibt eine operable Mehrheit, wann immer es in den kommenden Monaten am politischen Willen in der SPD fehlt, den erforderlichen deutschen Beitrag zur internationalen Unterstützung der Ukraine zu leisten. Der eigentlich notwendige Hauptangriff auf die SPD wäre ein umfassenderer, aber die Union legt hier eine zutiefst beunruhigende Hemmung an den Tag.

### Hatte die CDU denn überhaupt die vergangene Bundestagswahl verloren? Warum kam es eigentlich nicht damals schon zu Jamaika?

Die CDU ist unmittelbar am Wahlabend implodiert; der Spitzenkandidat hat Platz 2 als Niederlage gedeutet – fast alle anderen in der CDU auch und Friedrich Merz im wiederholten Anlauf an die Parteispitze sowieso – so hat die CDU sich praktisch selbst aus dem Koalitionspoker entfernt. Je länger die Sondierungsphase angehalten hätte, umso eher wäre den Grünen – der FDP ohnehin – Jamaika als die schlüssigere Variante gegenüber der Ampel erschienen. Armin Laschet war schließlich der Inbegriff eines Jamaikaners: Von der FDP geschätzter Koalitionsloyalist auf Landesebene, bei gleichzeitiger Urprägung in der schwarz-grünen Pizza-Connection der 1990er.

Außerdem war das Bündnis ja schon vier Jahre davor unterschriftsreif, hätte nicht die neuparlamentarische FDP das Fracksausen bekommen. Deren erneute Verweigerung wäre nicht durchsetzbar gewesen, nicht einmal innerparteilich. Schließlich hat man ja sogar die Ampel geschluckt. Das aber auch nur dank der Verweigerungshaltung der Union. Diese

entstammte nicht einer Strategie der CDU, sondern deren depressivem Anfall von Oppositionssehnsucht und der klaren Ansage der CSU: Scholz soll regieren.

Die war wiederum nicht aus Frustration gespeist, sondern sollte den zweiten Anlauf des CSU-Chefs für die Kanzlerschaft fundieren: Einerseits, indem weder Laschet noch ein anderer Christdemokrat Bundeskanzler werden, andererseits indem man aus Bayern vier Jahre lang eine fragile und für alle drei Koalitionspartner und deren Wählerschaften unattraktive Regierung kritisieren und in der kommenden Wahl aushebeln zu können glaubte.

Kurzum: Die CDU hat sich einreden lassen, das Erreichen von Platz 1 entscheide über den Regierungsauftrag, eine Suggestion, die immer noch auftritt, obwohl das 6-Parteiensystem im Bundestag und in den meisten Landtagen etabliert ist, in dem die Partei regiert, die sich schlüssige, mehrheitsfähige Koalitionsoptionen offenhält, anschlussfähig ist und geeignete Personen mit hohen Vertrauenswerten zur Regierungsführung vorhält. Markus Söder hat seit Frühjahr 2021 und auch noch einmal direkt nach der Wahl strategisch dafür gesorgt, dass zumindest letzteres für die CDU nicht mehr galt.

### Aber hat Markus Söder die Kanzlerschaft nicht abgehakt?

Nein, genauso wenig wie vor seiner ersten Bewerbung. Im zweiten Anlauf läuft alles besonnener ab. Weder wiederholt Söder den hysterischen Putschversuch von 2018 und die Dauerpolemik der CSU gegen die CDU und ihre Kanzlerin 2015 ff. Noch riskiert er im Vorfeld der Bayern-Wahl erneut, AfD-Themen zu bedienen. Selbst die naheliegende Kritik an der mangelnden Unterstützung der Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung fällt aus Bayern auffallend leise aus.

Stattdessen hat sich Söder außer bei unvermeidlichen Anlässen wie den Klausurtagungen zu Jahresbeginn oder dem Politischen Aschermittwoch kaum als Bundespolitiker profiliert, sondern gibt wieder den diensteifri-

gen Bayernverstehler und -liebhaber. Vor der letzten Landtagswahl kam diese Re-Regionalisierung der CSU um ein Haar zu spät, das bescherte ihm die Koalition mit einer Lokalausgabe der CSU, den Freien Wählern – ein praktisch ausgegliederter, parteiloser Parteiflügel für Wählerinnen und Wähler, die der CSU einen machtpolitisch garantiert folgenlosen Denkkzettel erteilen wollen.

Aber kann Merz als zumindest innerparteilich starker CDU-Chef nicht Söder stoppen? Laschet war aus verschiedenen Gründen kaum in der Lage, Söders Ambitionen zu bremsen. Zu weitflächig brach jener (vom Adenauer-Haus und der Düsseldorfer Staatskanzlei offenbar unbemerkt) in Landesverbände und Landesgruppen im Bundestag ein, dabei allerdings auf eine Dynamik setzend, die sich dann nicht bis zur Mehrheitsfähigkeit entfaltete. Beim zweiten Anlauf wird Söder, ein beliebig befüllbares politisches Gefäß, ganz anders vorgehen. Er wird abwarten wollen, ob und wie sich Merz die Rivalen in der CDU, mutmaßlich zwei Ministerpräsidenten, vom Hals hält, um dann deren Argumente für die Schlusauseinandersetzung zu übernehmen – dazu wird sich Söder als unideologischer Radikalpragmatiker ohne Koalitionsscheuklappen neu erfinden und alles mit finanziell kaum gebremsten Bildungs-, Sozial- und Umweltprojekten ‚Made in Bavaria‘ unterfüttern.

### Aber dann ist die CDU doch immer noch die weitaus größere Partei?

Ja, aber schon Laschet machte den unerklärlichen Fehler (Merkel als Kanzlerin war automatisch Kanzlerkandidatin, Annegret-Kramp Karrenbauer war anfangs zu weit weg von der Bundestagswahl, um die Frage bereits aufzuwerfen), den CSU-Chef mit dem nonchalanten Hinweis, die beiden Vorsitzende würden das einvernehmlich regeln, auf Augenhöhe gelangen zu lassen.

Eine Urwahl würde dieses Patt nicht auflösen, denn entweder läuft sie in CDU und CSU getrennt, dann stehen sich womöglich zwei Sieger mit Basislegitimation gegenüber,

oder die beiden Mitgliedschaften stimmen als Gesamtheit ab, was die CSU aber aus Furcht, von der größeren Schwester dominiert und dabei gewissermaßen unter notarieller Aufsicht eingemeindet zu werden, notorisch ablehnen wird.

### **Macht die neu aufgenommene Debatte eines neuen Grundsatzprogramms die CDU nicht attraktiver?**

Tja. Entweder für ihren reduzierten Kern an Stammwählern. Oder für neue Wähler. Da die Mitglieder logischerweise der ersteren Zielgruppe näherstehen, ist nicht mit dem Auswerfen weitgespannter Netze zu rechnen. Annegret Kramp-Karrenbauer hatte die Programmdiskussion bereits 2018 und zunächst auch in eher introvertierten Abläufen begonnen. Armin Laschet ließ sie liegen, wohl wissend, dass die CDU vor einer nahenden Bundestagswahl mit Programmdebatten nur Irritationen auslösen und eklatante Wertekonflikte auf offener Bühne aufführen kann. Die nun angelaufenen Regionalkonferenzen werden wieder einen ersten Eindruck davon verschaffen.

Die CDU müsste stattdessen für Impulse von außen sorgen, so wie Kurt Biedenkopf es für das Grundsatzprogramm 1978 organisiert hat, als die CDU ebenfalls neu grundiert werden musste. Mindestens müssen die Fragestellungen aus der Gesellschaft an die Partei herangetragen werden, damit sie CDU gezwungen ist, sich mit neuen Lebens- und Arbeitswelten auseinanderzusetzen. Das aber würde sofort erbitterte Debatten in der Mitgliedschaft auslösen, die am Ende viele Menschen in und außerhalb der Partei demotivieren oder verprellen.

Hinzu kommt, dass Grundsatzprogramme – und erst recht Wahlprogramme – immer weniger Auswirkungen auf späteres Regierungshandeln haben können – einerseits weil eine Regierung sich kaum noch selbst eine Agenda setzen kann, sondern allein schon durch die Entscheidungsverschränkungen in der EU, zunehmend auch wieder in der NATO,

oft genug zu unvorhersehbaren Herausforderungen verhalten muss. Andererseits finden sich Programme in Koalitionen, allemal in Dreierkonstellationen, kaum noch in Koalitionsvereinbarungen oder eben gar im kurzatmigen Regierungsalltag wieder. Entweder sind die Programme also zu konkret formuliert, um nicht schon in Sondierungsverhandlungen geschreddert zu werden, oder sie sind zu koalitionsfreundlich vage gehalten, um auch nur Stammwähler von der Schicksalhaftigkeit einer richtigen Wahlentscheidung bzw. von einer Wahlbeteiligung zu überzeugen.

### **Und wann stellt sich die K-Frage wieder?**

Man würde denken, das hat noch Zeit, so bis Mitte/Ende 2024. Aber erinnern wir uns lieber an das Desaster 2021: Die Beantwortung der K-Frage wurde ewig aufgeschoben, weil Armin Laschet fälschlicherweise erwartete, ohnehin nicht herausgefordert zu werden. Stand jetzt gibt es wieder kein zwischen den Schwesterparteien abgesprochenes Verfahren. Also gilt weiter die erwiesenermaßen fatale Formel: Die beiden Vorsitzenden machen einen einvernehmlichen Vorschlag. Für Merz scheint das offenbar komfortabel; schließlich ist er eigens Vorsitzender geworden, um „das erste Zugriffsrecht“ zu haben. Und so läuft die Union in die Wiederholung der Zerrüttung, denn selbstverständlich wird sich die Konfrontation zwischen den beiden Parteivorsitzenden erneut ergeben, nur dass der CSU-Chef aus einer Reihe von Gründen diesmal die noch besseren Karten hat.

### **Markus Söder greift noch einmal nach der Kanzlerkandidatur? Und die CDU spielt diesmal mit?**

Nachdem er nach der Bundestagswahl die Jamaika-Option mutwillig zerschlagen und dabei die Fassungslosigkeit der CDU ausgenutzt hatte, hat sich Markus Söder diesmal gründlich und gewissenhaft auf die

Verteidigung der Machtstellung in Bayern konzentriert. Kein Fehler der Jahre 2015 - 2018 ist ihm erneut passiert oder wird ihm noch passieren. Die Landtagswahl im Herbst wird wieder ein CSU-Ergebnis von 40 + x Prozent ergeben, wahrscheinlich die Koalition verlängern, und Markus Söder wird sich umgehend eine zweistufige Strategie zur Erlangung der Kanzlerkandidatur und dann der Kanzlerschaft zurechtlegen und unerbittlich exekutieren. Von einer einvernehmlichen Lösung wird dann nichts zu sehen sein.

Söder wird zwei Kriterien für die Spitzenkandidatur wie ein Mantra wiederholen: „Regierungserfahrung und Wahlkampfserfahrung.“ Dem ist nicht schlüssig zu widersprechen, zumal die Ministerpräsidenten Günther und Wüst es – wenn auch zunächst dezenter – bekräftigen werden. Ergänzt um Punkt 3: „Koalitionserfahrung“, bei dem Söder schlechter abschneidet, weil die Bayern-Koalition eben nicht auf den Bund übertragbar ist.

Merz hat keinerlei Regierungserfahrung, weder als Regierungschef, noch hat er je ein Ministerium in Bund oder Land geleitet. Und er hat über seinen Wahlkreis hinaus keine Wahlkampfserfahrung, und damit sind strategische Kampagne-Fähigkeiten gemeint, nicht eine Tournee als Redner auf Veranstaltungen mit notorischem Fanpublikum. Söders Mantra wird ihn also verlässlich treffen und seine Ambitionen unterspülen.

### Wie kann die CDU dann aber die erneute Selbstdemontage der Unionsschwestern auf offener Bühne abwenden?

Durch die Kreation eines Verfahrens, das die CSU schwerlich ablehnen kann. Und hier schließt sich das Zeitfenster demnächst. Wie gesagt, Laschet hat alles laufen lassen, verlor schließlich fast die Kandidatur und am Ende das Duell mit einem anderen Spitzenkandidaten, weil der innerparteiliche Wahlkampf zuvor ihn prak-

tisch kampfunfähig gemacht hatte. Das wird Merz nicht erleben wollen. Dazu muss er den Verfahrensvorschlag aber bis spätestens zur Sommerpause vorlegen. Später würde ihm das als Foul an den CSU-Wahlkämpfern ausgelegt. Wohlgemerkt, es geht nicht um die Entscheidung über die Kandidatur – dieses Vorgehen würden ja schon Merz' Gegner in der CDU verhindern – es geht aber um die Entscheidung über ein Verfahren, das dann 2024 oder vielleicht erst Anfang 2025 zur Anwendung kommt. Wobei immer damit gerechnet werden muss, dass die Wahl nach einem von mindestens einer Partei taktisch herbeigeführten Ermüdungsbruch früher ins Haus steht.

Im Sommer 2023 – und nur dann! – kann Söder sich nicht gegen einen solchen Verfahrensvorschlag wehren, weil er sonst im laufenden Bayern-Wahlkampf offensichtlich werden ließe, dass er nach einer Wiederwahl (oder eben schon davor!) erneut nach Höherem strebt. Weiß zwar jeder, man darf sich aber nicht dabei erwischen lassen.

### Wie soll so ein Verfahren aussehen, das nicht am Ende wieder zum Fingerhakeln zweier Alpha-Männchen führt?

Die CDU verweist stets darauf, dass sie die bei weitem größere Partei ist, die CSU besteht auf Augenhöhe zweier Parteien, wohl wissend, dass sie im Zweifel immer geschlossener und disziplinierter hinter ihrem Vorsitzenden steht und lediglich eine kritische Masse von Christdemokraten mobilisieren muss, um den CDU-Chef daneben umstritten und angeschlagen aussehen zu lassen. In der gemeinsamen Bundestagsfraktion war man vor zwei Jahren knapp davor.

Die Lösung kann nur sein, zur Nominierung eine CDU/CSU-Bundesdelegiertenversammlung zu schaffen und einzuberufen, die sich aus drei Gruppen zusammensetzt:

- Den Abgeordneten der aktuellen CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit derzeit 152 CDU- und 45 CSU-Parlamentariern,

- den Abgeordneten von CDU und CSU in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments mit derzeit 23 CDU- und 6 CSU-Parlamentariern,
- je einhundert von Parteitagern von CDU und CSU zu entsendenden Delegierten.

Die Gruppen 1 und 2 bilden die unterschiedliche Größe der beiden Schwesterparteien ab, aber nicht auf der Basis ihrer Mitgliederzahlen, sondern ihrer zuletzt erzielten Wahlergebnisse. Beide Parteien entsenden dazu komplementär und paritätisch weitere Delegierte, auch weil die Fraktionen naturgemäß Institutionen sind, die kein zukunftsgerichtetes Mandat haben, auch wenn sie zum Zeitpunkt der Bundesdelegiertenversammlung ihre Mandate noch ausüben. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments unterstreichen, dass der künftige Bundeskanzler längst keine rein nationale Funktion mehr ausübt, sondern ein wesentlicher Akteur in der politischen Willensbildung der Europäischen Union ist.

Dieses Gremium würde dann in einem oder in zwei Wahlgängen einen Kanzlerkandidaten der Union wählen, der entweder im ersten Wahlgang unter einem, zwei oder mehr Bewerbern eine absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereint oder sie im zweiten Wahlgang unter den beiden Bestplatzierten des ersten Wahlgangs erreicht.

Das Präsidium der Delegiertenversammlung könnte sich aus den ehemaligen Vorsitzenden von CDU und CSU zusammensetzen, aktuell wären dies Armin Laschet, Annegret Kramp-Karrenbauer, Angela Merkel und Wolfgang Schäuble, sowie Horst Seehofer, Erwin Huber, Edmund Stoiber und Theo Waigel. Sie würden die Termine und genauen Abläufe der Versammlung, die Zuständigkeiten der beiden Parteischiedsgerichte festlegen und die Bundesdelegiertenversammlung(en) durchführen.

Das Verfahren trägt der Bedeutung der CSU als eigenständiger Partei, die eben nicht nur ein Landesverband der CSU ist, ebenso Rechnung wie den Stimmenanteilen, die die beiden Parteien bei bundesweiten Wahlen einbringen. Die gemeinsame Bundestagsfraktion

und die CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament unterstreichen die Handlungseinheit der beiden Parteien im parlamentarischen Alltag, während die von Parteitagern nominierten Delegierten für die Eigenständigkeit der Organisationen stehen.

Eine Urabstimmung verleitet dazu, Kandidaten zu bevorzugen, die gut zur Partei passen. Bei der Wahl von Vorsitzenden ist das schlüssig. Die Kanzlerkandidatin/der Kanzlerkandidat wird sich in der Bundestagswahl und bei der Wahl des Kanzlers im Deutschen Bundestag dagegen eine ganz eigene, gewichtige Legitimation erwerben, die weit über die eigene Partei respektive die beiden Unionsparteien hinaus reicht. Je mehr eine Partei sich diese Optik bereits in strategischer Absicht vorab verschafft, umso erfolgreicher ist ihr Spitzenkandidat. Die SPD hat es mit Olaf Scholz geschafft.

Das komplexe Gremium dürfte nur schwer von einzelnen Parteispitzen oder -flügeln und -gruppierungen zu dominieren zu sein. Vieles spricht dafür, dass hier eine objektive Bewertung von Gewinnchancen bei der anstehenden Wahl und aussichtsreicher Ausübung der Richtlinienkompetenz im Erfolgsfall vorgenommen werden kann.

### Und ist das dann die Garantie für einen Sieg von Friedrich Merz? Oder diesmal von Markus Söder?

Weder noch. Es ist ein transparentes Verfahren, das verhindert, dass Söder erneut die Unions-Wahlchancen durch einen zerstörerischen Vorwahlkampf minimiert. Söders Aussichten sind aus vielen Gründen besser als vor zwei Jahren: Neben der zweiten und diesmal wahrscheinlich erfolgreicherer Wiederwahl als Ministerpräsident und einer geschlossenen CSU kann er darauf verweisen, dass sein letzter Gegenkandidat – wie von Söder prognostiziert – die Bundestagswahl an die Wand gefahren hat. Mancher in CDU und CSU wird sich bisweilen fragen, wo man heute stünde, wenn man sich damals für Söder entschieden hätte. Die CDU wird sich aber an auch Söders

tatkräftige Beihilfe zum Scheitern erinnern.

Merz wiederum gäbe sein „Zugriffsrecht“ – ohnehin nur ein halbes – an ein Gremium ab, in dem ihn auch Parteifreunde herausfordern können. Geht man davon aus, dass Söders Reihen in der Delegiertenversammlung von Anfang an stehen, werden Merz oder ambitionierte Ministerpräsidenten also Platz 1 unter den CDU-Kandidaten im ersten Wahlgang erreichen müssen, um sich mit dem Franken zu messen. Für beide Wahlgänge gilt: Ausgang offen. Das Verfahren ist aber auch für unterlegene Bewerber in beiden Parteien und ihre jeweiligen Anhänger nicht demütigend; einer geschlossenen Wahlkampfführung der Schwesterparteien steht also weniger im Wege als nach der informellen, aber heillosen Kraftprobe beim letzten Mal.

### Sollte die CDU als stärkste Oppositionskraft derzeit nicht eher gewichtigere Herausforderungen angehen?

Berechtigter Hinweis. Wenngleich Vorkehrungen zu treffen, um nicht erneut eine selbstverschuldete Wahlniederlage herbeizuführen, kein kleines Ding ist.

Ja, die CDU verpasst in diesen Monaten schwer erklärlicherweise eine Mission, die allein sie erfüllen kann, und deren Versäumen ihr selbst, aber auch der deutschen Politik über Jahre und Jahrzehnte notwendiges Grundvertrauen entziehen würde.

Wer hat uns wie und warum in die wachsende Abhängigkeit und am Ende fast unentrinnbare Abhängigkeit von russischen Energielieferungen gebracht? Wer hat die NordStream-Pipeline-Projekte des Kreml und seines Energiekonzerns Gazprom wider besseren Wissens und gegen europäische Interessen oder auch nur aus bodenloser Naivität oder aufgrund von Korruption vorangetrieben? Wer hat die jahrelange Militarisierung Russlands und das Abdriften von Autoritarismus in die Diktatur übersehen? Warum sind hybride Angriffe auf Deutschland (Propaganda, Hackerangriffe, Unterwanderung und Beeinflussung von Parteien, Medien, Bundesbehörden,

Dienste und Ministerien) nicht ernst genug genommen, aufgearbeitet oder von vornherein abgewendet worden? – Wenn diese Fragen, die die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie in Frage stellen, nicht Grund genug für einen Untersuchungsausschuss im Bundestag sind – welche dann?

Es ist offensichtlich, dass die SPD als aktuelle wie frühere Regierungspartei in 21 von 25 Jahren seit 1998 kein Interesse an diesem Ausschuss hat. Es mag einleuchten, dass Grüne und FDP ihn nicht beantragen könnten, ohne zuvor oder zugleich die Koalition mit den Sozialdemokraten aufzukündigen. Weil in der Opposition AfD und Linke wiederum Sachwalter Russlands sind, bleiben nur CDU und CSU, um den Ausschuss ins Leben zu rufen. Er ist unverzichtbar, wenn Deutschland nicht an Lebenslügen vieler Akteure ersticken und stattdessen von seinen europäischen Nachbarn und Verbündeten wieder respektiert werden soll. Dass sich die Union dieser unabweisbaren Oppositionspflicht entzieht, weil auch das Tun und Unterlassen von Ministern, Ministerpräsidenten, Spitzenbeamten, Parlamentariern – v.a. Energie- und Wirtschaftspolitikern, und ja, auch einer Kanzlerin aus ihren Reihen zumindest Gegenstand von Befragungen und Untersuchungen sein werden, wäre unverzeihlich.

**Zentrum Liberale Moderne**  
Reinhardtstraße 15  
10117 Berlin  
Germany

+49 (0)30 - 13 89 36 33  
info@libmod.de  
www.libmod.de